

Antrittsrede

**am 20. Juli 1994
in Straßburg**

Frau Präsidentin des Rates, Herr Präsident der Kommission, meine Damen und Herren,

als das Europäische Parlament vor fünf Jahren zu seiner Konstituierung zusammentrat, war Europa in Ost und West gespalten.

Heute besteht die Sowjetunion nicht mehr und die Ungarn und die Polen, die Tschechen und Slowaken und alle anderen Völker in der Mitte und im Osten unseres Kontinents sind in den Kreis der freien Völker Europas zu den Wurzeln ihrer Kultur und ihrer Geschichte zurückgekehrt.

Vor fünf Jahren stand die Mauer in Berlin noch fest und unerschütterlich, dieses steinerne Symbol der Spaltung einer Stadt, eines Volkes und ganz Europas.

Heute nehmen erstmals frei und direkt gewählte Abgeordnete aus dem deutschen Osten mit allen Rechten und Pflichten ihren Platz in diesem Hause ein, und es ist mir eine besondere Freude, sie im Namen der Kolleginnen und Kollegen herzlich in unserer Mitte zu begrüßen.

Vor fünf Jahren war Österreich, Schweden und Finnland der Weg in unsere Gemeinschaft durch die Konfrontation zwischen Ost und West auf unserem Kontinent versperrt.

Heute erwarten wir die Kolleginnen und Kollegen aus Österreich und - hoffentlich - auch die Kolleginnen und Kollegen aus Finnland, Schweden und Norwegen. Wir wollen sie in sechs Monaten in unserem Parlament begrüßen. Gemeinsam mit ihnen wollen wir die parlamentarische Demokratie in der Europäischen Union stärken. Das haben sie uns in vielen Gesprächen versichert. Gemeinsam wollen wir die Umwelt über die Grenzen hinweg besser schützen und die Grundlagen des Lebens in Europa bewahren. Gemeinsam wollen wir die Vision eines Europa verwirklichen, in dem alle Menschen Arbeit haben oder finden können. Gemeinsam können wir einen besseren Beitrag leisten zum Kampf gegen Hunger und Armut, Krieg und Verfolgung, Haß und Unrecht in Europa und überall auf der Welt.

Vor fünf Jahren saß Nelson Mandela noch im Gefängnis von Pollsmoor. Das Land am Kap der guten Hoffnung drohte vollends in der Hoffnungslosigkeit des Rassismus und des Bürgerkriegs zu versinken. Heute begrüßen wir ein demokratisches Südafrika freier und gleichberechtigter Menschen mit Nelson Mandela an der Spitze in der Gemeinschaft freier Völker.

Und noch etwas ist anders als vor fünf Jahren:

Damals sagte mein Vorgänger im Amt des Präsidenten, Enrique Barón, den schlichten Satz "das nächste Parlament sollte mehr Befugnisse haben." Mein Vorgänger, Egon Klepsch, konnte beginnen, sie zu nutzen. Ich danke beiden für den Weitblick, die Hartnäckigkeit und das Engagement, mit denen sie sich für die Stärkung des Europäischen Parlaments eingesetzt haben.

Heute, in dieser Sitzungswoche, wird unser Parlament zum ersten Mal über den Vorschlag der Staats- und Regierungschefs für einen Präsidenten der EU-Kommission abstimmen.

Juristisch gesehen ist dies nur eine Konsultation. Sie verpflichtet den Kandidaten und die Regierungen zu nichts.

Aber politisch gesehen ist jeder Kandidat gescheitert, der in diesem Parlament keine Mehrheit findet.

Damit ist unser Einfluß, aber auch unsere Verantwortung beschrieben.

Der Präsident des Europäischen Rates hat die Fraktionsvorsitzenden in unserem Parlament vorab informiert und den Grad der Zustimmung zu seinem Vorschlag ausgelotet.

Wir danken Bundeskanzler Kohl dafür und wir erwarten, daß diese Handlung stilbildend für die Zukunft wirkt.

Und wir fordern die Ratspräsidentschaft auf, dazu beizutragen, daß das vom Vertrag und durch unsere Geschäftsordnung sowie unsere Entschließungen festgelegte Verfahren zur Vorbereitung der Vertrauensabstimmung strikt eingehalten wird.

Sie, Herr Kommissionspräsident Jacques Delors, hätten vor fünf Jahren eine überwältigende Mehrheit in diesem Hause gefunden - wenn wir damals schon hätten abstimmen können.

Heute ist es noch zu früh, Sie und Ihr Wirken durch unser Parlament zu würdigen. Aber das möchte ich Ihnen doch sagen in der Sitzung, in der sich Ihr möglicher Nachfolger vorstellt: Jeder, der Ihnen nachfolgt, wird an Ihnen gemessen werden. Und jeder wird es schwer haben. Denn Sie haben Maßstäbe gesetzt, die lange noch gelten werden. Dafür danke ich Ihnen im Namen des ganzen Parlaments. Und ich darf diesen Dank mit der Erwartung verbinden, daß es zwischen uns auch in den letzten sechs Monaten Ihrer Amtszeit bei der fruchtbaren Zusammenarbeit bleibt, die wir in den vergangenen 9 1/2 Jahren erlebt haben. Sie waren nicht immer konfliktfrei, aber sie waren fruchtbar für unsere Europäische Union.

Dieses Parlament ist entschlossen, den Vertrag von Maastricht strikt anzuwenden und vollständig auszuschöpfen.

Das gilt zuerst für das Verfahren der Mitentscheidung. Es hat sich bereits als qualitativ und quantitativ bedeutender erwiesen als es manche Kritiker des Vertrages von Maastricht vorhergesehen haben.

Es darf jetzt nicht mit juristischen Spitzfindigkeiten bei der Festlegung der Rechtsgrundlagen umgangen oder ausgehebelt werden.

Wir sagen dem Rat mit aller Deutlichkeit: Versuchen Sie nicht, dem Europäischen Parlament durch die Komitologie das an Mitentscheidungsrechten wieder wegzunehmen, was uns nach dem Vertrag von Maastricht zusteht. Sie werden das Parlament wachsam finden und es wird Ihnen so ergehen, wie gestern beim Sprachtelephondienst: Sie werden am Ende mit leeren Händen dastehen.

Schließlich erwarten wir vom Rat, daß er stets anwesend ist, wenn dieses Parlament in legislative Beratungen, insbesondere im Verfahren der Mitentscheidung, eintritt. Die belgische und die griechische Ratspräsidentschaft haben erste Schritte zur Verbesserung ihrer Präsenz getan. Von der deutschen Ratspräsidentschaft und allen nachfolgenden erwarten wir mehr.

Wir wollen das Verhältnis zur Kommission neu ordnen. Die Kommission muß aufhören, wettbewerbspolitische Grundsatzfragen, administrativ nach Art. 90 des EG-Vertrags regeln zu wollen, wie sie das z.B. bei der Gestaltung des Binnenmarktes für Energie und für Postdienste versucht. Die Regelung solcher Fragen, die eine gesellschaftspolitische Dimension haben, braucht eine breitere Legitimation, nämlich die Gesetzgebung auf der Grundlage von Art. 100 a und die volle Mitentscheidung des Europäischen Parlaments.

Wir wollen mit Rat und Kommission endlich die interinstitutionelle Vereinbarung über die Befugnisse parlamentarischer Untersuchungsausschüsse abschließen. Helfen Sie, Rat und Kommission, mit, daß die Untersuchungsausschüsse des Europäischen Parlaments ihren Namen zu recht tragen können. Versuchen Sie nicht länger, ihnen durch überflüssige und kleinliche Geheimhaltungsvorschriften alle Zähne zu ziehen. Unsere Untersuchungsausschüsse dürfen nicht zu Papiertigern gemacht werden.

Die Beteiligung des Parlaments an der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ist unzureichend. In vielen Fällen braucht es nicht einmal konsultiert zu werden. Allein unsere Haushaltsrechte geben uns die Möglichkeit, wenigstens indirekt eine parlamentarische Kontrolle über die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik auszuüben. Die Finanzierung von operativen Ausgaben für Aktionen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik muß daher, soweit sie gemeinschaftlich erfolgt, aus dem Haushalt der Gemeinschaft erfolgen. Ich meine damit den Haushalt der Kommission und ich meine damit die Etatisierung Fall für Fall. Ein eigener GASP-Haushalt beim Ministerrat, der der parlamentarischen Kontrolle faktisch entzogen wäre; kann, darf und wird unsere Zustimmung nicht finden.

Wir werden weiterhin mit Nachdruck auf den Abschluß interinstitutioneller Vereinbarungen über die Währungsunion und den dritten Pfeiler des Maastricht-Vertrages drängen.

Wir alle haben im Wahlkampf vielfältig erfahren, daß unser Parlament und unsere Arbeit den Bürgern fern geblieben ist. Das liegt gewiß nicht an den Bürgern. Das liegt auch nicht nur an den Medien. Das liegt auch daran, daß wir zu viele Bräuche des nationalen Parlamentarismus nachahmen und uns zu wenig auf unsere eigene Rolle besinnen.

Es geht in den nächsten Jahren nicht nur darum, mehr Rechte für das direkt gewählte Europäische Parlament zu erstreiten. Es geht auch darum, daß wir die Rechte, die wir bereits haben, effektiver und mit mehr Nachdruck nutzen.

Wenn wir Maastricht ausschöpfen wollen, müssen wir unsere eigene Arbeitsweise verändern.

Wir fordern - zu recht - vom Rat mehr Transparenz bei seiner gesetzgeberischen Arbeit. Aber unsere eigene Arbeit muß auch transparenter werden. Wir werden unsere Arbeiten mehr als bisher konzentrieren müssen auf unsere gesetzgeberischen Aufgaben in der Europäischen Union, auf die Wahrnehmung unseres Rechts auf Mitentscheidung.

Wir arbeiten - nicht zuletzt wegen der Vielsprachigkeit und der verschiedenen Arbeitsorte - zwangsläufig langsamer und schwerfälliger als jedes andere Parlament. Aber wie kein anderes Parlament laufen wir hektisch hinter den Tagesaktualitäten der Weltpolitik her. Hören wir auf damit, auch noch aus der letzten Meldung der Morgenzeitung eine Resolution machen zu wollen.

Wir streiten verbissen mit den Fachleuten von Rat und Kommission über den Geräuschpegel von Rasenmähern oder die Position des Überrollbügels an landwirtschaftlichen Zugmaschinen und haben dann keine Zeit und keine Kraft mehr zur Debatte und zur Auseinandersetzung über die großen Fragen der europäischen Politik.

Wir müssen Zeit gewinnen für die Diskussion der großen Fragen der europäischen Politik. Deshalb müssen wir unsere Tagesordnung entlasten von den ausufernden Diskussionen über technische Details.

Ich rate uns allen, aufzuhören mit dem Stakkato der Eineinhalb-Minuten-Reden im Plenum, in denen jeder Gedanke vom Hammer des Sitzungspräsidenten erschlagen wird.

Ihr Präsident kann das alles nicht verordnen. Er kann nur anregen, orientieren, mahnen - und Ihre Beschlüsse ausführen und unsere Geschäftsordnung strikt anwenden. Die Fraktionen dieses Hauses müssen den politischen Willen und die Kraft aufbringen, unsere Arbeit auf das Wesentliche zu konzentrieren und unser Wirken für Medien und Bürger durchsichtiger zu machen.

Denn unser Parlament darf nicht erst 1999 wieder vor die Augen und Ohren der Wähler treten. Mein Amt wird sich nicht in der Leitung von Sitzungen erschöpfen. Es verlangt von mir, das Parlament auch nach außen zu vertreten. Aber zuerst möchte ich ein Präsident in der Union sein. Und ich will unser Parlament nicht nur in Brüssel und in den Hauptstädten der Mitgliedstaaten, sondern ich will es durch Besuche und Reden auch in den Regionen vertreten. Das soll mein Beitrag sein, unser Parlament und seine Arbeit, den Bürgerinnen und Bürgern näherzubringen.

In den vor uns liegenden Jahren wird sich in Europa die neue Ordnung herausbilden, in der die nächste Generation leben wird.

In dem neuen Europa, das vor uns liegt und das wir gestalten müssen, wird nichts mehr genau so sein wie es in den vergangenen 40 Jahren gewesen ist. Das gilt auch für unsere Europäische Union.

Es genügt nicht, an dem Erbe Jean Monnets und Robert Schumans festzuhalten. Wenn wir es im neuen Europa bewahren wollen, müssen wir es verändern und weiterentwickeln. Der unvergessene Altiero Spinelli hat uns die Augen dafür geöffnet. Aber auch seine Vorschläge und Visionen müssen in das neue Europa hineinwachsen.

Die Regierungskonferenz 1996 gibt uns dafür die nächste und vielleicht letzte Gelegenheit. Sie muß der Union die Gestalt geben, die es ihr erlaubt, die Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte anzunehmen. Unser Parlament muß dazu seine Vorstellungen mit vollem Recht und seinem ganzen Gewicht bereits in die Vorbereitungsarbeiten einbringen. Dabei geht es um drei Schwerpunkte:

1. Die Europäische Union braucht nicht mehr Befugnisse, sondern mehr parlamentarische Demokratie. Sie braucht ein neues Gleichgewicht zwischen ihren Organen, das es ihr erlaubt, effektiver zu handeln und demokratischer zu entscheiden.

In allen "normalen" Fällen, von der gesamten Gesetzgebung, über die gemeinsamen Aktionen in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik bis zur Nominierung des Kommissionspräsidenten müssen Rat und Regierungen endlich mit Mehrheit entscheiden. Und das Parlament muß überall, wo der Rat mit Mehrheit entscheiden kann, gleichgewichtig und gleichberechtigt mitentscheiden können.

2. Die Reform muß die Union so vertiefen, daß sie auch mit 16 Mitgliedstaaten handlungsfähig bleibt. Nur eine vertiefte Union kann weitere Mitgliedstaaten aufnehmen, ohne zu zerfallen und sich aufzulösen.
3. Die Reform kann nur gelingen, wenn auch die nationalen Parlamente frühzeitig in die Diskussionen einbezogen werden. Deswegen werde ich zu gegebener Zeit die Initiative ergreifen und eine Konferenz der nationalen Parlamente mit dem Europäischen Parlament einberufen, um die für die Regierungskonferenz erarbeiteten Entwürfe zu diskutieren und den Arbeiten dort Orientierung zu geben.

Bei allem, was wir tun, geht es keineswegs darum, einen europäischen Superstaat zu schaffen.

Die Union kann eine Union der Mitgliedstaaten bleiben und zugleich eine Union der Bürgerinnen und Bürger werden.

Auch künftig werden in ihrem Antlitz die Völker ihre jeweils eigenen, unverwechselbaren Züge wiedererkennen können. Es ist viele Male gesagt worden, und es bleibt richtig: Die Vielfalt der Völker, der Sprachen, der Kulturen, der Traditionen ist nicht die Schwäche Europas, sondern unsere Stärke - wenn es uns gelingt, unsere Kräfte zu bündeln, unsere Souveränitäten gemeinsam auszuüben und an die Stelle des alten Gegeneinander das neue Miteinander zu setzen.

Institutionen sind wichtig. Ihre Reform ist es auch. Aber die Köpfe und die Herzen der Menschen gewinnen wir nicht mit Debatten über institutionelle Veränderungen.

Wir gewinnen sie nur, wenn wir ihnen mit unserer Politik einen Teil ihrer Ängste und Sorgen nehmen, wenn wir das Werk der Einigung Europas mit ihren Träumen und Hoffnungen verbinden.

Unsere Union, ganz Europa, steht vor entscheidenden Jahren.

Es ist nicht nur die alte Ordnung zerbrochen, die vierzig Jahre Europa beherrscht hat. Auch die Perspektiven der Menschen sind dabei, sich zu verändern.

An die Stelle der Angst vor dem großen Krieg tritt die Sorge, daß viele kleine Kriege in Europa wieder möglich werden.

Das Vertrauen in die Unerschöpflichkeit der natürlichen Ressourcen unserer Erde an Rohstoffen, Energie und Umwelt weicht der Erkenntnis, daß die Erde und ihre Reichtümer endlich sind.

An die Stelle des optimistischen Glaubens, daß wissenschaftlich-technologischer Fortschritt die Menschheit voranbringen könnte auf dem Wege zu mehr Humanität, ist zunehmend ein tiefes Mißtrauen gegen die europäische Form der wissenschaftlich-technischen Zivilisation getreten.

Von uns wird es abhängen, daß wir die Zerstörung der Umwelt und den Raubbau an den Grundlagen des Lebens auf unserer Erde stoppen, die alle Grenzen überschreiten.

Die Zahl der Menschen auf der Erde wird sich innerhalb von ein paar Generationen fast verdoppelt haben. Wenn wir die heutigen Produktions- und Verbrauchsstrukturen beibehalten, steuern wir auf eine globale Ressourcenkatastrophe zu. Wenn heute jeder Inder, jeder Chinese, jeder Afrikaner soviel essen, soviel Energie verbrauchen, soviel Müll produzieren würde wie jeder Europäer, wäre unsere Erde schon heute am Ende.

Wir Europäer müssen uns in der Welt der Märkte so behaupten, daß wir Arbeit und Wohlstand behalten - und wir müssen Wohlstand und Arbeit so verteilen, daß alle Europäer daran Anteil haben.

Wir wollen das bewahren und ausbauen, was unsere europäische Lebensweise unterscheidet von der anderer Kulturkreise, jene spezifische unauflöbliche Verbindung wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, individueller Freiheit und sozialer Gerechtigkeit.

Die international organisierte Kriminalität bedroht Leib und Leben, Hab und Gut der Menschen in Europa. Davor müssen wir die Menschen schützen. Und wir müssen gemeinsam verhindern, daß sie auch Gerechtigkeit und Demokratie in unseren Völkern aushöhlt und zerstört.

In den Debatten über die Antworten auf diese Fragen muß unser Parlament eine Rolle spielen - und es kann diese Rolle spielen, wenn es sich so organisiert, daß es gehört wird in den Völkern Europas und darüber hinaus.

Wir spüren, daß die Europäische Union, daß das Europa von Brüssel, Straßburg und Luxemburg wenig Ausstrahlung hat auf Künstler und Intellektuelle. Ich wünsche mir, daß wir - daß dieses Parlament - eintritt in einen Dialog mit denen, die den europäischen Geist der Jahrtausendwende formen, die uns die Augen und Ohren öffnen können für die Bedrohungen und Hoffnungen unserer Zeit und die wir doch brauchen, für die Vision eines einigen vielfältigen Europa.

Die Zahl der Menschen ist gewachsen, denen die Europäische Union gleichgültig ist und die sich sogar von ihr abwenden. Sie glauben, sie könnten sich in einem Europa souveräner Nationalstaaten besser zurechtfinden.

Wir wissen, daß diese Union viele Mängel und Fehler hat. Und wir sollten sie nicht verschweigen.

Aber eines wissen wir auch: Wir brauchen im neuen Europa nicht neuen Nationalismus, der nur der alte wäre. Wir brauchen das Miteinander der Staaten und Völker in unserer Europäischen Union noch mehr als vorher. Angesichts der Herausforderungen am Ende dieses Jahrtausends brauchen wir nicht weniger, sondern mehr Gemeinschaft in Europa.

Wir blicken mit Abscheu auf das Morden und Vertreiben und Vergewaltigen im ehemaligen Jugoslawien. Und in unser Entsetzen darüber, daß dies möglich ist in unserem Europa, mischt sich die Scham, daß es uns nicht gelingt, das Feuer auf dem Balkan zu löschen.

Bei allem Entsetzen und bei aller Scham sollten wir alle aber eines nicht vergessen: Am Anfang dieses zwanzigsten Jahrhunderts, fast auf den Tag genau vor 80 Jahren, genügte ein einziger Mord in Sarajewo, um den ganzen Kontinent in Brand zu setzen, weil Europa zerrissen war in Nationalismen und Mißtrauen und Haß.

Angesichts der europäischen Geschichte ist es keine Selbstverständlichkeit, sondern ein ungeheuer großes Verdienst der Europäischen Union und der europäischen Integration, wie sie nach dem Krieg geschaffen wurden, daß die Völker Europas das gefährliche Spiel der Kombinationen und Bündnisse umeinander, miteinander und gegeneinander, der Allianzen und Gegenallianzen nicht wieder aufgenommen haben.

In diesen Monaten jähren sich zum fünfzigsten Mal die Landung der alliierten Streitkräfte in der Normandie und die Befreiung von Paris, Luxemburg, Brüssel, Straßburg und so vieler anderer westeuropäischer Städte von der deutschen Besatzung und der nationalsozialistischen Tyrannei. Wir vergessen nicht, daß das nur gelungen ist mit der Hilfe der großen Demokratie jenseits des Atlantiks, der wir dafür noch immer und immer wieder Dank schulden.

Lassen Sie mich auch jener mutigen Männer und Frauen der deutschen Widerstandsbewegung gedenken, die heute vor 50 Jahren, am 20. Juli 1944, versucht haben, Adolf Hitler zu töten und das deutsche Volk und die Welt vom Tyrannen zu befreien. Sie haben dafür mit ihrem Leben bezahlt. Der Anschlag schlug fehl, und das Morden in den Konzentrationslagern, in Deutschland und in ganz Europa ging noch fast ein Jahr lang weiter. Wie viele junge Männer und Frauen in ganz Europa, aber auch in Deutschland, haben ihr Leben hingegeben, um Europa von der Geißel des Nationalismus und des Rassismus zu befreien. Sorgen wir dafür, daß Nationalismus und Rassismus nie wieder eine Chance bekommen - nirgendwo in Europa - und in unserer Union schon gar nicht.

Viele Mitbürgerinnen und Mitbürger sind den Wahlurnen ferngeblieben. Die Europäische Union wird so oft gescholten und dieses Europäische Parlament wird so oft belächelt, manchmal verachtet und fast überall verkannt.

Und doch bleibt eines wahr. Was hätten unsere Väter, Großväter und Urgroßväter darum gegeben, wenn es zu ihrer Zeit ein Europäisches Parlament gegeben hätte, in dem frei gewählte Abgeordnete aus 12 europäischen Völkern zusammenkommen, um miteinander zu reden, zu streiten und wieder zu reden, statt die Jugend der Völker in die Schützengräben des ersten und zweiten Weltkriegs zu treiben ?

Der Zusammenschluß unserer Völker zur Europäischen Union rechtfertigt sich aber nicht nur aus den schrecklichen Phasen der Vergangenheit Europas.

Das was erreicht worden ist, bleibt für die Älteren immer ein Erfolg. Für die Jüngeren ist es nur eine Selbstverständlichkeit.

Die Jugend werden wir nur gewinnen, wenn wir unser Werk der Einigung Europas mit den Hoffnungen und Träumen für die Zukunft verbinden.

Von hier, von diesem Parlament aus, von den Gewählten aus zwölf europäischen Völkern, kann - wenn wir es wollen - ausgehen die Vision von einem Europa der individuellen Freiheit und der gemeinschaftlichen Verantwortung, das der Welt ein Beispiel gibt des Friedens und der Gerechtigkeit.